

Argumente zur Unterstützung der Initiative für einen nachhaltigen Finanzplatz

Vox Ethica

1.10.25

Die Finanzplatzinitiative (<https://finanzplatz-initiative.ch/>) will die Auslandsaktivitäten der Akteure des Schweizer Finanzplatzes regulieren.

Gemäss der Soziallehre der katholischen Kirche ist der Kampf gegen den Klimawandel eine Pflicht des Staates. Verschiedene Konzepte der Soziallehre wie Persönlichkeit, Solidarität, Gemeinwohl und Subsidiarität können herangezogen werden, um die Einführung eines Gesetzes durch den Staat zu rechtfertigen, das darauf abzielt, die gesellschaftlichen Auswirkungen auf das Klima zu verringern. Diese Grundsätze ermöglichen es, die Verteidigung des Gesetzes für einen nachhaltigen Finanzplatz in den grösseren Kontext der Soziallehre der katholischen Kirche zu stellen.

1. Der Inhalt der Finanzplatzinitiative

Die Finanzplatzinitiative will die Auslandsaktivitäten der Akteure des Schweizer Finanzplatzes regulieren. Zu diesen Akteuren zählen insbesondere Banken, Versicherungen, Finanzinstitute und Vorsorgeeinrichtungen. Die Initiative betont die Hebelwirkung des Finanzsektors für den Klimaschutz und die Biodiversität. Ziel der Initiative ist es, die Geschäftstätigkeiten der Akteure des Finanzplatzes Schweiz an den international vereinbarten Zielen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs und zur Erhaltung der Biodiversität auszurichten. Auf diese Weise würden die negativen Auswirkungen auf das Klima und die Biodiversität entlang der gesamten Wertschöpfungskette schrittweise reduziert. Der Finanzsektor spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle, da er aufgrund der Art seiner Dienstleistungen (Investitionen, Versicherungen, Kredite usw.) das Verhalten von Unternehmen in *der Realwirtschaft* beeinflussen kann. Die Umweltkrise schadet auch dem Wirtschaftssektor selbst. Die Initiative gibt somit nicht nur ökologisch bewussten Menschen und Institutionen, sondern auch Finanzkreisen Gründe, strenge und verlässliche Regeln in diesem Bereich einzuführen.

Bedeutung verbindlicher Transitionspläne

Mit den von den Unternehmen selbst ausgearbeiteten **Transitionsplänen** schlagen die Initianten ein Instrument zur Umsetzung der Initiative vor. Diese Transitionspläne, wie sie im erläuternden Bericht zur Initiative beschrieben sind, legen auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse Ziele in den Bereichen Klima und Biodiversität fest. Den Finanzakteuren werden konkrete Ziele vorgeschlagen. Der Inhalt der von den Unternehmen erstellten Transitionspläne muss öffentlich sein und von einer *unabhängigen* Stelle genehmigt und kontrolliert werden. Das Instrument des Transitionsplans wird insbesondere bereits von der GFANZ (The Glasgow Financial Alliance for Net Zero) verwendet. Diese freiwillige Allianz internationaler Finanzakteure hat sich zum Ziel gesetzt, zur Dekarbonisierung der Wirtschaft beizutragen. Die Ziele der GFANZ bestehen darin, dass die Finanzakteure Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels in *der Realwirtschaft* unterstützen, um eine positive Veränderung im Bereich der Biodiversität und der Dekarbonisierung zu erzielen. Die Idee dahinter ist, Akteure zu unterstützen, die sich bereits an diese Ziele halten oder sich daran ausrichten, oder im Gegenteil, Akteuren, die diesen Zielen zuwiderlaufen, die finanzielle Unterstützung zu entziehen. Nach Angaben des Bankenverbands gehörten 2022 62 % der Banken respektive Vermögensverwalter und 42 % der Schweizer Versicherungen der Organisation an.¹ Die NZBA (Net-Zero Banking Alliance) war eine Organisation der Vereinten Nationen, die Finanzakteure dazu aufforderte, konkrete Maßnahmen zur Reduzierung ihrer Kohlenstoffemissionen zu ergreifen. Nach dem Austritt der UBS und mehrerer großer US-Banken stellte die Allianz ihre Tätigkeit im August 2025 ein.² Dieses Beispiel zeigt die Grenzen des freiwilligen Engagements von Finanzakteuren in einem ökologischen Übergangsprozess. Wenn sich die wirtschaftliche und/oder politische Lage ändert, können diese Verpflichtungen jederzeit widerrufen werden.

Für die Initianten ist die Glaubwürdigkeit der Transitionspläne von entscheidender Bedeutung. Aus diesem Grund ist eine gewisse *Standardisierung* erforderlich. Diese Standardisierung ermöglicht auch Vergleiche. Die Initianten schlagen beispielsweise vor, sich auf die *Science Based Target Initiative* (SBTi) zu beziehen, die die angekündigten Ziele unabhängig *bewerten und validieren* könnte. Die Initiative sieht die Einführung *verbindlicher Regeln* vor, die von *unabhängigen* Stellen überwacht und *kontrolliert* werden. Mit den Transitionsplänen schlagen die Initianten ein konkretes Instrument vor, mit dem die Bemühungen eines Finanzunternehmens um Dekarbonisierung und Erhalt der Biodiversität bewertet werden können, wodurch die Möglichkeiten für *Greenwashing* eingeschränkt werden.

¹ Schweizerische Bankiervereinigung, [Netto-Null-Emissionen: Der Finanzplatz zieht eine transparente Bilanz seines Engagements – Swiss Banking](#) (2022), abgerufen am 29.09.2025

² Vgl. RTS, [Nach dem Austritt mehrerer Mitglieder stellt die «Net-Zero Banking Alliance» ihre Aktivitäten ein – rts.ch – Wirtschaft](#) (28.08.2025), abgerufen am 29.09.2025

Da die Akteure des Finanzplatzes Schweiz im Ausland einen erheblichen Einfluss haben, würde eine bessere Regulierung der für diesen Sektor geltenden Normen einen konkreten Beitrag zum Umweltschutz leisten. Der Verein *Reclaimfinance* schätzt beispielsweise die Investitionen der Crédit Suisse und der UBS in Projekte zur Gewinnung nicht erneuerbarer Energien für den Zeitraum zwischen April 2021 und August 2022 auf 8 Milliarden Dollar.³ Tatsächlich sind Schweizer Investitionen in Unternehmen im Ausland und Kredite des Finanzplatzes Schweiz für 14- bis 18-mal mehr Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich als die jährlich im Land selbst ausgestoßenen Emissionen⁴. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass kolossale Gewinne zum Vorteil einiger weniger und zum Nachteil der Umwelt und der oft ohnehin schon am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen erzielt werden, die als erste von den Auswirkungen klimaschädlicher und die Biodiversität beeinträchtigender Aktivitäten betroffen sind.

2. Die Situation in der Schweiz

Offiziell hat sich die Schweiz durch die Unterzeichnung zahlreicher Verträge verpflichtet, die internationalen Vorschriften zum Umweltschutz einzuhalten. Zu nennen sind beispielsweise die Kunming-Montreal-Abkommen (2022)  ber die biologische Vielfalt, die darauf abzielen, den derzeitigen Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Mit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, darunter auch die Schweiz, die globale Erwärmung auf 1,5  C zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen laut dem Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimawandel (IPCC) die Treibhausgasemissionen bis 2030 um die Hälfte reduziert werden und bis 2050 «Netto-Null» erreichen. Diese Ziele sind im Bundesgesetz über die Ziele im Bereich des Klimaschutzes, der Innovation und der Stärkung der Energiesicherheit (Klimagesetz, KIG) vom 30. September 2022 verankert. Artikel 9 dieses Gesetzes bekräftigt die Absicht, „[...]dass der Schweizer Finanzplatz einen effektiven Beitrag zur emissionsarmen und gegenüber dem Klimawandel widerstandsfähigen Entwicklung leistet.“⁵. Leider sind daraus keine konkreten Maßnahmen hervorgegangen, was zum Teil sicherlich auf die unverbindliche Formulierung zurückzuführen ist.

Gemäss dem Bericht des Bundesrats vom 16. Dezember 2022 «Sustainable-Finance Schweiz. Handlungsfelder 2022–2025 für einen führenden nachhaltigen Finanzplatz» wendet unser Land

³ CUVELIER Lara, LOUVEL Yann, McCULLY Paddy et al., «Swiss finance complicit in fossil fuel expansion», 03.2023, S. 16. Online: https://reclaimfinance.org/site/wp-content/uploads/2023/03/2023.03.28_Swiss-finance-complicit-in-fossil-fuel-expansion.pdf (abgerufen am 15.09.2025).

⁴ McKinsey & Company. *Klimastandort Schweiz: Schweizer Unternehmen als globale Treiber für Netto Null* (2022).

⁵ Artikel 9 in [BB1 2022 2403 - Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit \(KIG\) | Fedlex](#)(30.09.2025), abgerufen am 20.10.2025

bereits die wichtigsten Empfehlungen in Bezug auf Nachhaltigkeit, Sozialethik und Transparenz an. Allerdings stützt sich der Bericht in Bezug auf einen nachhaltigen Finanzplatz auf eine sehr neoliberale Auslegung des Subsidiaritätsprinzips, wonach die Marktdynamik die Entscheidungen der Finanzinstitute bestimmt. Indem man sich ausschließlich auf freiwillige Massnahmen der Akteure des Finanzsektors verlässt, schränkt man deren Wirksamkeit stark ein. Denn die meisten Massnahmen zur Verringerung der Beeinträchtigung der Biodiversität oder der Auswirkungen auf das Klima sind nicht mit unmittelbaren finanziellen Vorteilen verbunden, und die Auswirkungen der Vorschriften, die sich die Finanzinstitute selbst auferlegen, bleiben unzureichend und schwanken je nach Marktlage und Konjunktur. Dies gilt insbesondere für den *Swiss Climate Scores*, ein Indikator, der von der Schweizerischen Bankiervereinigung und dem Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) zur Bewertung des Engagements des Schweizer Finanzsektors für den Klimaschutz entwickelt wurden. Das Instrument ist interessant, aber da es nur auf freiwilliger Basis funktioniert, verpflichtet es die Finanzakteure nicht ausreichend.

Dieser Bericht des Bundesrats scheint auf den ersten Blick sehr umfassend und detailliert zu sein, enthält jedoch in Wirklichkeit nur Empfehlungen an die Akteure des Schweizer Finanzplatzes, denen es nach wie vor völlig freisteht, diese Empfehlungen zu befolgen oder nicht, ohne dass unabhängige Kontrollen oder Überprüfungen vorgesehen sind. Diese Darstellung des Finanzplatzes Schweiz, der als führend im Bereich der nachhaltigen Finanzen beschrieben wird, gleicht somit einer Form von Greenwashing, auch wenn eine der Massnahmen (Massnahme Nr. 8⁶) ausdrücklich verspricht, diese Thematik anzugehen, indem die besonders heikle Aufgabe der Kontrolle der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Vereinigung der Schweizerischen Asset-Management-Gesellschaften übertragen wird. Mit anderen Worten: Die Bewertung der Wirksamkeit dieser Massnahmen würde keiner externen und unabhängigen Kontrolle unterliegen. Man bleibt somit auf der bequemen, aber ineffizienten Ebene der Selbstregulierung.

Aus diesem Grund ist die Finanzplatzinitiative notwendig. Auch wenn sie zunächst keine konkreten verbindlichen Gesetze erlässt, sondern lediglich eine Leitlinie auf Bundesebene vorgibt, kann sie dennoch sehr nützlich sein, um die Unzulänglichkeiten der aktuellen Regelungen aufzudecken, die Investoren in die Verantwortung zu nehmen und daran zu erinnern, dass es von entscheidender Bedeutung ist, schnell und entschlossen zu handeln, um den durch menschliche Aktivitäten verursachten Klimawandel einzudämmen. Die Folgen des Klimawandels sind bereits jetzt verheerend, sowohl in der Schweiz als auch anderswo auf der Welt.

⁶ „Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist es zentral, dass der Schweizer Finanzplatz im Bereich Sustainable Finance durch hohe Glaubwürdigkeit hervorsticht. Sogenanntes Greenwashing, welches beispielweise vorliegt, wenn Anlegerinnen und Anleger bezüglich nachhaltiger Eigenschaften von Anlageprodukten und Beratungsprozessen getäuscht oder irregeführt werden, gilt es zu vermeiden.“, S. 17 des Berichts.

3. Ethische Aspekte

Die Gewinnung fossiler Brennstoffe oder die Versuchung des Profits

Der Sektor der fossilen Energien (Kohle, Erdöl, Erdgas usw.) ist besonders lukrativ, was die stetige Entwicklung dieses Handels trotz seiner negativen Auswirkungen auf das Klima und die Biodiversität erklärt.

1931 prangerte Pius XI. die Versuchungen der Spekulation an: „Die Leichtigkeit für jedermann, im ungeregelten Markt Gewinne zu machen, lockt viele zum Handel und Güterumsatz, die nur ein Ziel haben, möglichst mühelos und bequem zu gewinnen, und zu diesem Ende ohne sachliche Berechtigung, nur aus Beutegier, die Preise durch wilde Spekulation ruhelos nach oben und wieder nach unten zu treiben, wodurch alle Berechnungen ernster Wirtschaftler durchkreuzt werden.“ (*Quadragesimo anno*, 1931, Nr. 132). Dieses ausschließliche Streben nach Gewinn wird auch von Johannes Paul II. als eine der wichtigsten „Strukturen der Sünde“ verurteilt (*Sollicitudo rei socialis*, 1987, Nr. 37). Was die Päpste anprangern, ist eine Wirtschaft, die ausschließlich auf finanziellen Gewinn ausgerichtet ist, unabhängig von den Folgen für die Menschen, die sozialen Beziehungen und die Natur.

Auf dem Weg zu einer „nachhaltigen“ Finanzwirtschaft?

Jede Ethik der nachhaltigen Finanzwirtschaft basiert in erster Linie auf dem Streben nach dem Gemeinwohl (als moralische Grundlage und als Ziel) und auf der Transparenz, mit der der Finanzsektor seine Produkte seinen Partnern und Investoren präsentiert. Somit wird die moralische Verantwortung einerseits von den Finanzakteuren und andererseits von denjenigen geteilt, die öffentlich oder privat investieren und ihr Vermögen anlegen:

„Finanzakteure spielen [...] eine zentrale Rolle bei der Aufklärung über die Ziele. Sie müssen nicht deren Hüter sein, aber sie haben eine Informations- und Beratungspflicht, die so umfassend und angemessen wie möglich sein muss, damit jeder seine finanziellen Entscheidungen in voller Klarheit treffen kann.“⁷

Diese finanziellen Entscheidungen müssen dann auf das Ziel ausgerichtet sein, wirksam zu einer gerechteren Gesellschaft beizutragen und Normen zu schaffen, mit denen die negativen Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Umwelt gemildert werden können. Die Schwierigkeit besteht darin, dass diese Ziele nicht mehr auf der Ebene des individuellen Handelns liegen, sondern auf einer globalen Ebene, die eine Reihe schwer identifizierbarer

⁷ Übersetzung der Autoren: *Les financiers ont [...] un rôle central dans l'éclairage des finalités. Ils n'ont pas à être les gardiens de celles-ci; mais ils ont un devoir d'information et de conseils, aussi complets et adaptés que possible pour permettre à chacun de faire ses choix financiers en toute clarté.*

In : DE SALINS, A., VILLEROY DE GALHAU, F., *Le développement moderne des activités financières au regard des exigences éthiques du christianisme*, Cité du Vatican : Libreria Editrice Vaticana (Conseil Pontifical „Justice et Paix“), 1994, p., S. 50.

Zwischenstufen umfasst. Diese Schwierigkeit macht die Aufgabe herausfordernder, entbindet den Christen, der sich gegenüber seinem Nächsten und vor Gott verpflichtet fühlt, jedoch in keiner Weise von seiner moralischen Verantwortung.

Der Begriff der gesamtheitlichen Ökologie, der von Papst Franziskus in *Laudato Si'* hervorgehoben wurde, aber bereits vor ihm von früheren Päpsten thematisiert wurde, muss uns ständig an unsere globale Verantwortung gegenüber unseren Brüdern und unserem „gemeinsamen Haus“ erinnern, auch wenn unser individuelles Handeln nicht die gewünschte Wirkung hat.

Auf einer breiteren Ebene muss aus der Feststellung der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten die Notwendigkeit der Solidarität zwischen den Völkern hervorgehen. Die Folgen bestimmter wirtschaftlicher Entscheidungen wirken sich auf andere Menschen oder Gemeinschaften aus, auch wenn diese nicht direkt sichtbar sind. Die Entfernung mindert nicht die moralische Verantwortung jedes Einzelnen⁸ (zu den Auswirkungen der Schweizer Bergbauunternehmen weltweit siehe beispielsweise „Die Schweizer Minenbarone“, *Public Eye, Magazin*, Nr. 55, September 2025).

Das Gleiche gilt für den Finanzsektor, allerdings aus anderen Gründen als der moralischen Verpflichtung: Wenn er sich nur um die Vermehrung des Reichtums um seiner selbst willen und ohne Zukunftsperspektive kümmert, wird er früher oder später nicht mehr in der Lage sein, seinen eigenen Interessen zu dienen, weil die realen wirtschaftlichen Bewegungen, die ihm letztlich zugrunde liegen, untergraben werden und nicht mehr in der Lage sind, die Finanzströme zu rechtfertigen. Der Finanzsektor „verstärkt die Versuchung des „Ökonomismus“ in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit:

„Kein wirtschaftliches Tun kann lange Bestand haben, wenn es nicht ein Klima gesunder Handlungsfreiheit gibt. Heute ist aber ebenso klar: Wenn die Freiheit der Wirtschaftstreibenden absolut verstanden und von dem ihr innewohnenden Bezug zur Wahrheit und zum Guten losgelöst wird, dann tendiert sie zur Schaffung von Machtzentren und Formen von Oligarchie, die letztendlich der Effizienz des Wirtschaftssystems schaden

Es ist Aufgabe der Regierungen, den notwendigen rechtlichen Rahmen zu schaffen, damit die Finanzakteure (die von sich aus dazu neigen, kurzfristige Gewinne anzustreben) verpflichtet sind, über ihre Aktivitäten in voller Transparenz Rechenschaft abzulegen, damit Investoren Entscheidungen treffen können, die langfristig positive Auswirkungen sowohl auf die Umwelt als auch auf die Menschen haben, die zunehmend unter den Folgen des Klimawandels und des Rückgangs der biologischen Vielfalt leidet. Da die Gewinne aus einem deregulierten Finanzmarkt nur einer kleinen Zahl von vorübergehend Privilegierten zugutekommen, ist es notwendig, Spekulationen, die nicht mehr den Interessen der Allgemeinheit dienen, Grenzen zu setzen.

⁸ JONAS, H., *Das Prinzip Verantwortung: Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt/M, 1979.

Da es schwierig und riskant ist, sich auf die Selbstregulierung der meisten Finanzinstitute zu verlassen, ist eine Sensibilisierung der Zivilgesellschaft für diese Fragen der Finanzethik umso notwendiger und kann erhebliche Auswirkungen haben. Einzelne Akteure oder Vereinigungen, Bürger, Aktionäre und Investoren können, wenn sie ausreichend informiert sind und sich für Ökologie und soziale Gerechtigkeit einsetzen, bereits auf der bescheidenen Ebene des Konsums und der individuellen Ersparnisse viel bewirken⁹, ganz zu schweigen von ihrer Macht, die Entscheidungen der von ihnen gewählten Regierungen erheblich zu beeinflussen. Die Unterbrechung des Teufelskreises aus gierigen Finanzakteuren und Behörden, die angesichts mangelnder Transparenz und verbindlicher Vorschriften die Augen verschließen, um sich auf Kosten der Benachteiligten und der Umwelt zu bereichern, kann von der Gesellschaft ausgehen, die sich zusammenschliesst, um die Unterstützung eines solchen Systems zu verweigern.

Ein ausreichend grosser Druck seitens der Bürger (auf politischer Ebene) und der privaten Investoren (auf Marktebene) kann die Behörden und Grossunternehmen dazu zwingen, ihre Aktivitäten auf gerechtere und nachhaltigere Projekte auszurichten. Mit demokratischen Instrumenten können die Bürgerinnen für eine ethischere Vision des Finanzplatzes eintreten. Dies gilt insbesondere für die Schweiz, wo die direkte Demokratie den Bürgern eine ganze Reihe wirksamer Instrumente an die Hand gibt, um zur Sanierung unseres Finanzplatzes im Hinblick auf mehr soziale Gerechtigkeit und den Schutz der globalen Ressourcen beizutragen.

Die Ziele der Finanzplatzinitiative stehen im Einklang mit den ethischen Empfehlungen des Lehramtes in Bezug auf individuelle und kollektive Verantwortung und leisten somit einen wertvollen Beitrag zu den christlichen Werten Verantwortung, Solidarität und ganzheitliche Ökologie.

Auch Kirchen und Gläubige spielen eine Rolle bei der Sensibilisierung der Zivilgesellschaft. Zahlreiche Kirchen und Diözesen (insbesondere in Frankreich) haben beispielsweise bereits Finanzinvestitionen in fossile Energien aus ihren Anlagen verbannt¹⁰. Die Bewegung *Laudatio Si'* vereint weltweit mehr als 900 katholische Organisationen. Sie ist inspiriert von der Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus, die 2015 veröffentlicht wurde. Diese Bewegung fördert die integrale Ökologie in Verbindung mit sozialer, klimatischer und ökologischer Gerechtigkeit aus

⁹ „Ähnliche Erwägungen müssen auch dort angestellt werden, wo es um den Umgang mit unseren Ersparnissen geht. Wir können sie beispielsweise auf Unternehmen ausrichten, die nach klaren Kriterien vorgehen, von einer Ethik der Achtung des ganzen Menschen und aller Menschen inspiriert sind und sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind. Noch allgemeiner ist jeder von uns gerufen, Reichtum mit Praktiken zu produzieren, die unserem relationalen Wesen entsprechen und die ganzheitliche Entwicklung der Person im Blick haben.“ in Kongregation für die Glaubenslehre und Dikasterium für den Dienst der ganzheitlichen Entwicklung, *Oeconomicae et* Die Kongregation für die Glaubenslehre und das Dikasterium für den Dienst Zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen, *Oeconomicae et pecuniariae quaestiones Erwägungen zu einer ethischen Unterscheidung bezüglich einiger Aspekte des gegenwärtigen Finanzwirtschaftssystems*, 2018, Nr. 33.

¹⁰ Siehe : Martine Henriot, "Journée de la création, Le rôle essentiel des chrétiens dans la protection de la maison commune", 1.09.25, <https://www.vaticannews.va/fr/monde/news/2025-09/journee-creation-mouvement-laudato-si.html> (abgerufen am 27.10.2025)

christlicher Perspektive. Die Bewegung fordert die Desinvestition aus fossilen Energien und den ökologischen Wandel von Pfarreien und Diözesen.¹¹ Zusammen mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen fordert das *Laudato Si' Movement* religiöse Institutionen im Vorfeld der COP 30-Konferenz auf, aus fossilen Energien auszusteigen.¹² Im Juli 2025 haben auch die kontinentalen Konferenzen der katholischen Bischöfe Lateinamerikas, Afrikas und Asiens einen gemeinsamen Aufruf zur COP 30 veröffentlicht, in dem sie ein Ende der Nutzung fossiler Brennstoffe fordern. Mit dem Umweltmanagementsystem "Grüner Güggel" verpflichten sich Pfarreien und religiösen Institutionen dazu, sich stetig zu verbessern, ihre partizipativ festgelegten Ziele zu erreichen und so ihre Umweltbelastung zu reduzieren. Dazu erfassen sie jährlich ihre Verbrauchsdaten (Strom-, Wärme-, Abfall-, Papier- und Wasserverbrauch). Das Umweltmanagementsystem Grüner Güggel ist EMAS-kompatibel. Dieser Prozess ähnelt dem Ansatz der Transitionspläne.¹³ Ein ähnlicher Ansatz existiert in Frankreich mit der ökumenischen Initiative „Église verte“ (Grüne Kirche), die Kirchengemeinden und religiöse Einrichtungen begleitet, die sich für einen ökologischen Wandel engagieren möchten. Im September 2025 hatten sich 870 Religionsgemeinschaften in ganz Frankreich diesem Ansatz angeschlossen.¹⁴

Eine soziale und globale Ethik?

Eine Ethik zu entwickeln, die die Auswirkungen von Investitionen des Finanzplatzes Schweiz *im Ausland* berücksichtigt, erfordert eine Ethik, die sich der globalen Dimension unseres Handelns öffnet. Diese Dimension, die auch die weit entfernten und wenig sichtbaren Folgen unserer in der Schweiz getroffenen Entscheidungen berücksichtigt, ist in der Ethik nicht immer üblich. Tatsächlich neigt man oft dazu, nur die (geografisch und zeitlich) nahen und sichtbaren Folgen unseres Handelns zu berücksichtigen. Sich mit den Auswirkungen von Investitionen und Bankkrediten im Ausland zu befassen, erfordert jedoch eine Erweiterung des Umfangs unserer ethischen Fragestellungen und damit eine Erweiterung der Perspektive unseres Verantwortungsbereichs.

Es müssen nicht mehr nur die unmittelbaren oder direkt beobachtbaren Auswirkungen berücksichtigt werden, sondern auch weiter entfernte und weniger leicht beobachtbare Folgen. Denn die Schweiz beherbergt nicht nur Finanzinstitute, sondern auch die Hauptsitze grosser multinationaler Konzerne, die in anderen Ländern Ressourcen (Wasser, Mineralien, landwirtschaftliche Flächen, Energie, Seltene Erden) oder Rohstoffe ausbeuten (Glencore, Nestlé, Novartis, Roche, ABB, Holcim, Syngenta, Cyba, Weatherford, TE Connectivity, Cargill Int., Migros, Coop). Der Gedanke einer Ethik, die nicht nur den Menschen, sondern auch die *Biodiversität und das Klima* berücksichtigt (die natürlich ebenfalls mehr oder weniger *langfristig*

¹¹ <https://laudatosimovement.org/>, abgerufen am 22.09.2025

¹² Siehe: <https://laudatosimovement.org/fr/news/aucune-confiance-dans-les-combustibles-fossiles-rejoignez-lannonce-mondiale-de-desinvestissement-en-amont-de-la-cop-30/> abgerufen am 22.09.2025

¹³ Siehe: <https://oeku.ch/umweltpraxis/gruener-gueggel/> abgerufen am 15.09.2025

¹⁴ Weitere Informationen: siehe [Für eine ökologische Umkehr der Kirche | Label Grüne Kirche](#) (abgerufen am 29.09.2025)

Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschheit haben), erfordert einen Perspektivwechsel. Diese Form der «globalen» Ethik erinnert uns daran, dass wir alle auf diesem Planeten miteinander verbunden sind, dass wir *ein System der gegenseitigen Abhängigkeit* bilden, in dem die Handlungen der einen (Konsum, Fortbewegungsarten, Wohnformen, Investitionsentscheidungen, Arbeit, Kommunikation, Freizeit usw.) Auswirkungen auf die anderen und auf das gesamte Ökosystem haben. Die Gewinne, die in der Schweiz und im Ausland von Unternehmen erzielt werden, die vom Finanzplatz Schweiz unterstützt werden, haben zum Wohlstand der Schweiz beigetragen (insbesondere über die Steuern), versorgen aber auch die Schweizer Verbraucher mit zahlreichen Produkten und Dienstleistungen. Wir verbrauchen Erdöl, Kunststoff, Holz, Papier, Wasser, Seltene Erden, Zement, landwirtschaftliche Produkte oder Elektronik aus dem Ausland. Diese Produktionen haben ökologische Auswirkungen, die an den Orten der Gewinnung, der Produktion oder des Transports manchmal dramatisch sind. Unsere Finanzinstitute unterstützen diese Produktionen, und wir profitieren von diesen Produkten oder ihren Derivaten. Deshalb können die Schweizer Bürgerinnen und Bürger die Augen nicht vor den Folgen dieser Investitionen verschliessen, von denen sie profitieren. Dies ist ein *ethisches* Argument.

Man kann aber auch *konsequentialistische* Argumente hinsichtlich der langfristigen Auswirkungen unserer Entscheidungen als Bürger vorbringen. Der Philosoph Bruno Latour (2015) beschreibt diese gegenseitige Abhängigkeit von Menschen und Lebewesen mit dem Konzept „Gaia“. Dieses vereinheitlichende Konzept soll verhindern, dass wir die menschlichen Lebewesen von anderen Lebensformen (Natur, Tiere usw.) voneinander trennen, *da die Handlungen der einen Auswirkungen auf das gesamte System hat*, das sich im Zeitalter des Anthropozäns als besonders fragil erweist, da der Einfluss des Menschen auf den Planeten so gross geworden ist. Das Konzept des Anthropozäns entstand in den 2000er Jahren, um das Zeitalter der Menschheit zu beschreiben, in dem die Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Biosphäre und sogar die Geologie (seit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert) stetig zugenommen und unseren Planeten geprägt hat, so dass das Gleichgewicht der Ökosysteme gefährdet, durch ihre Auswirkungen auf den Verlust natürlicher Ressourcen und das Klima, ist.

Das Donut-Modell von Kate Raworth zielt darauf ab, in einem einzigen Wirtschaftsmodell die Wechselbeziehungen zwischen der Überschreitung der Grenzen des Planeten (in Bezug auf natürliche Ressourcen: Wasser, Land usw.) und sozialen Aspekten (Arbeitsbedingungen, Gesundheit, Bildung usw.) zu berücksichtigen.

Wenn man weiterhin den Finanzsektor frei über Investitionen entscheiden lässt, führt dies zur Konsolidierung eines Wirtschaftssystems, das weder ökologische noch soziale Grenzen berücksichtigt. Diese Wirtschaft ist somit nicht *nachhaltig*, da sie kein langfristig ausgewogenes System ermöglicht (da sie auf der Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen wie Kohle, Öl, Gas usw. basiert) und die Auswirkungen der Nutzung dieser Ressourcen auf das Klima nicht berücksichtigt.

Die Finanzbranche hat ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf das Klima und den aktuellen Verlust der biologischen Vielfalt, und zwar über die Unternehmen, die sie finanziert und die ihrerseits insbesondere durch CO₂-Emissionen, die Nutzung fossiler Energien, Abholzung oder die Förderung umweltschädlicher Formen der Landwirtschaft. Diese negativen Auswirkungen des Finanzplatzes Schweiz finden derzeit hauptsächlich in *Ländern* statt, *die weit* von der Schweiz *entfernt* sind, da die überwiegende Mehrheit der Öl produzierenden Länder ausserhalb Europas liegt (Venezuela, Kanada, Iran, Irak, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Russland, Elfenbeinküste, USA, Brasilien, Kuwait, Nigeria, Kasachstan, Angola, Mexiko, Algerien, Katar usw.).¹⁵

Die negativen Folgen betreffen nicht nur die Umwelt, sondern auch *soziale Aspekte* (Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen, Gesundheit, politische Stabilität usw.). Viele Länder, in denen diese sehr lukrative Ölförderung stattfindet, sind aufgrund dieses Wirtschaftsektors starken politischen Spannungen ausgesetzt. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen für fossile Energien zerstört oder gefährdet ganze Ökosysteme (z. B. die Technik der Schiefergasförderung) und beeinträchtigt die Lebensbedingungen vieler Menschen weltweit (Enteignung der Bewohner, um die Ausbeutung zu ermöglichen, Gewalt).

Was Kohle betrifft, so liegen die wichtigsten Kohleförderländer (China, Indien, Indonesien, USA, Australien, Russland, Südafrika, Kolumbien, Kasachstan) ebenfalls ausserhalb Europas (mit Ausnahme von Polen und Deutschland). Die Auswirkungen der Gewinnung und des Verbrauchs fossiler Energien auf die globale Erwärmung sind bekannt. Dennoch hat sich die Förderung von nichterneuerbaren Energieträgern seit den 1970er Jahren verdoppelt und nimmt weiter zu, trotz der Warnungen vor den Folgen der globalen Erwärmung (Anstieg der Meerestemperaturen, Anstieg des Meeresspiegels, Dürren, Klimastörungen usw.).

Deshalb ist es eines der Ziele dieser Initiative, die Akteure in der Schweiz sowohl für ihre *Verantwortung* als auch für die *Auswirkungen ihrer Entscheidungen* zu **sensibilisieren**.

Werte im Spiel: Verantwortung und Transparenz

Die vorliegende Initiative zielt darauf ab, eine Vision der Finanzwelt zu fördern, die eine nachhaltige Wirtschaft begünstigt und *nicht eine von der Realwirtschaft losgelöste Finanzwelt*, in der der finanzielle Gewinn das Hauptziel ist. Ein Finanzsektor, der die Auswirkungen auf **die Realwirtschaft**, ihre Akteure sowie auf die Biosphäre und das Klima berücksichtigt, wird so zu einem verantwortungsvollen Wirtschaftszweig. Eine verantwortungsvolle Finanzwirtschaft

¹⁵ vgl. <https://www.connaissancedesenergies.org/fiche-pedagogique/reserves-de-petrole-dans-le-monde>. Abgerufen am 27.10.2025

berücksichtigt die verschiedenen Dimensionen der Wirtschaft, und zwar über einen **langen Zeitraum hinweg**. Tatsächlich reicht kurzfristiger und einmaliger Profit nicht mehr aus, um Entscheidungen zu rechtfertigen. Die Entscheidungen und Beschlüsse von Financiers müssen die langfristigen Auswirkungen der finanzierten Unternehmen und Projekte berücksichtigen. Sind diese Entscheidungen menschlich, sozial und ökologisch vertretbar? Sind diese Investitionen nachhaltig?

Ein Gleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Nachhaltigkeit (insbesondere durch die soziale Verantwortung der Unternehmen) und den ökologischen Aspekten der Produktion ist notwendig, wenn wir eine lebenswerte Welt für alle erhalten wollen. Die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts kann *Opfer* erfordern, speziell finanzielle, und die Verringerung bestimmter Gewinne, um andere Werte zu fördern (Respekt vor der Biosphäre, dem Leben, den Lebensbedingungen, den Arbeitnehmern usw.). Es handelt sich um eine Investition in andere Formen des Gewinns (Gesundheit, Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit, Solidarität usw.).

Diese neuen Anforderungen haben bereits Eingang in Normen gefunden, die in verschiedenen Verträgen festgelegt sind, die die Schweiz und viele andere Länder bereits unterzeichnet haben. Nun muss sich die Schweiz **verbindlicher** dazu verpflichten, die in den unterzeichneten internationalen Abkommen festgelegten Ziele zu erreichen. Bislang basierten die erwarteten Fortschritte nämlich nur auf Freiwilligkeit und Selbstkontrolle, wobei es kaum Möglichkeiten gibt, die tatsächliche Umsetzung der angekündigten Massnahmen zu überprüfen. Um dem Risiko des Greenwashings oder einem reinen Ankündigungseffekt entgegenzuwirken, muss sich die Schweiz jetzt **rechtlich** verpflichten, indem sie *Normen, die mindestens den von anderen europäischen Ländern festgelegten Standards entsprechen, sowie Kontrollverfahren zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Normen in ihre Gesetzgebung aufnimmt*.

Empowerment der Bürger

Die Einführung verbindlicher Massnahmen zielt auch darauf ab, **den Schweizer Bürgern** mehr **Eigenverantwortung** zu übertragen, indem ihnen ein echter Zugang zu Informationen über die Auswirkungen ihrer Börseninvestitionen gewährt wird. Dies soll ihnen helfen, **wirklich fundierte** Anlageentscheidungen zu treffen. Die Änderung der Schweizer Gesetzgebung erfordert nämlich eine grössere **Transparenz** von Unternehmen und Bankinstituten, die diese Informationen über die Umweltauswirkungen zugänglich machen müssen. Dies setzt auch klare Standards sowie **Vereinbarungen über Indikatoren und Messmethoden** voraus. Derzeit gibt es wenig Konsens über die Methoden und die Art und Weise, wie diese Auswirkungen gemessen werden sollen, und daher kaum Möglichkeiten, die Ergebnisse zu vergleichen oder zu bewerten¹⁶. Aber Netzwerke ethischer Banken, insbesondere in Europa, organisieren sich

¹⁶ GRABER, Tim, *Nachhaltigkeitsvergleich bedeutender Zentralbanken*, CCSF Thesis Series Nr. 37 (2022), Universität Zürich, Departement für Banking und Finance, S. 9: „Sustainable Finance und damit auch ESG krankt an drei grundlegenden Problemen. Hierzu zählt erstens die Messbarkeit von Nachhaltigkeit. Konkret bezieht sich dies auf die Nachhaltigkeitsbewertungen der Ratingagenturen, welche uneinheitlich

seit vielen Jahren, um Mess- und Vergleichsinstrumente einzuführen. So bietet beispielsweise die PCAF (*Partnership for Carbon Accounting Financials*) bereits Empfehlungen und Instrumente zur CO₂-Messung für Bankinstitute an, um ihnen bei der Bewertung der ökologischen Auswirkungen ihrer Kredite und Investitionen zu helfen.

Diese Transparenz, sowohl hinsichtlich der Messinstrumente als auch der gemessenen Auswirkungen, soll das **Vertrauen** der Bürger in ihre Banken und Finanzinstitute stärken, denn haben die Krisen der letzten Jahre (Insolvenz der Crédit Suisse, Verurteilungen wegen Anstiftung zu Steuerhinterziehung und Geldwäsche, Schikanierung von Whistleblowern usw.) das Vertrauen sowohl der Unternehmen als auch der Bürger in die Zuverlässigkeit der Schweizer Bankinstitute stark erschüttert. Einige Akteure aus dem Banken- und Finanzsektor (insbesondere aus dem Netzwerk der europäischen Ethikbanken) verfügen bereits über umfangreiche Erfahrungen und Praktiken im Bereich der ökologischen und sozialen Transparenz. Seit vielen Jahren schliessen sie umweltverschmutzende Unternehmen und Industrien bereits von Krediten aus. Diese Banken streben an, dass die gewährten Kredite und Investitionen nachhaltig sind und sich positiv auf das Gemeinwohl (soziale, kulturelle und ökologische Aspekte) auswirken. Diese Erfahrungen und Praktiken können als *Vorbild* für andere Bankinstitute dienen, die bei der Integration ethischer Kriterien weniger weit fortgeschritten sind.

Auswirkungen der Wirtschaft auf die Klimakrise

Die Wirtschaft muss in der christlichen Soziallehre weiterhin *der Politik untergeordnet* bleiben, wobei „Politik“ als das Streben nach dem Gemeinwohl verstanden wird. Das Gemeinwohl hat unter Achtung der Rechte und Pflichten jedes Einzelnen die Entfaltung der Gruppen und Individuen zum Ziel, aus denen sich die Menschheit zusammensetzt. Es betrifft die grundlegenden Güter, die den Menschen für ein Leben in Würde notwendig sind.¹⁷ Auf der politischen Ebene können die Ziele der Wirtschaft in ihrem Verhältnis zum Gemeinwohl in einer * ffentlichen* Debatte *gemeinsam diskutiert* werden. Diese Sichtweise kehrt den aktuellen Trend des Neoliberalismus um, der darauf abzielt, jede externe Regulierung der Märkte zu vermeiden. Die aktuelle Situation der Klima- und Umweltkrise hat jedoch die Wiedereinführung nationaler und internationaler Regulierungsinstanzen notwendig gemacht. Diese Notwendigkeit, die Wirtschaft und die Finanzmärkte auf das Gemeinwohl und den Schutz des Planeten auszurichten, ergibt sich aus der Feststellung, dass die Selbstregulierung der Wirtschafts- und Finanzwelt nicht ausreicht, um die aktuelle Krise und insbesondere die Zerstörung der biologischen Vielfalt sowie die globale Erwärmung aufzuhalten. Rein technische Lösungen erweisen sich somit als unzureichend, da sie nicht das Grundproblem der aktuellen Situation berücksichtigen, sondern nur die Folgen: „Ich halte es für wesentlich, darauf zu bestehen, dass

und leicht zu manipulieren sind. Laut Harris (2022) stimmen kaum mehr als 50 % der Nachhaltigkeitsratings der verschiedenen Agenturen überein, während bei konventionellen Kreditratings bis zu 99-prozentige Übereinstimmung herrscht.“

¹⁷ Vgl. *Gaudium et spes*, §26.

einfach nur eine technische Lösung für jedes auftretende Umweltproblem zu suchen bedeutet, Dinge zu isolieren, die in der Wirklichkeit miteinander verknüpft sind, und die wahren und tiefsten Probleme des weltweiten Systems zu verbergen.“¹⁸ und weiter: „Gott hat uns mit allen seinen Geschöpfen verbunden. Allerdings kann uns das technokratische Paradigma von der Welt um uns herum isolieren und uns darüber hinwegtäuschen, dass die ganze Welt eine „Kontaktzone“ ist.“¹⁹

Die Beiträge der christlichen Sozialethik zum ökonomischen Denken zielen darauf ab, die Wirtschaft mit Werten zu verbinden, die zentraler sind als der finanzielle Gewinn. Mit anderen Worten: Sie ermöglichen es, die unausgesprochenen Annahmen und Vorurteile der heutigen Finanzwelt zu überdenken und sie wieder in die politische und gesellschaftliche Debatte einzubringen, indem sie daran erinnern, dass die Rolle der Wirtschaft und der Finanzwelt in erster Linie darin besteht, *zum Gemeinwohl beizutragen*, bevor sie die persönliche Bereicherung einer kleinen Minderheit ermöglicht.

Heutzutage kann eine Auseinandersetzung mit dem Prinzip des *Gemeinwohls* nicht die globale Dimension und den Erhalt des Planeten ausser Acht lassen, dessen ökologisches Gleichgewicht derzeit durch unsere Wirtschafts- und Konsumaktivitäten stark bedroht ist. Wenn wir heute über das Gemeinwohl nachdenken, müssen wir die Nachhaltigkeit wirtschaftlicher und finanzieller Aktivitäten berücksichtigen, da diese Aktivitäten die Ursache für zahlreiche Störungen auf globaler Ebene sind (Waldbrände, Hitzewellen, steigende Meeresspiegel, Wüstenbildung, Boden- und Meeresverschmutzung usw.). Diese Beeinträchtigungen und Störungen des Ökosystems, des Klimas und der Artenvielfalt haben schwerwiegende Auswirkungen auf die gesamte Menschheit, insbesondere auf die bereits am stärksten benachteiligten Menschen und Regionen. Die christliche Sozialethik verlangt, die Situation der Schwächsten ohne Unterschied und unabhängig von ihrer geografischen Entfernung zu berücksichtigen (Thema der ökologischen Schuld und der Verantwortung der Länder des Nordens gegenüber anderen Regionen der Welt).

Die Soziallehre der katholischen Kirche und der Klimawandel

Die Grundprinzipien der Soziallehre der katholischen Kirche, die klassischerweise das Gemeinwohl, die Persönlichkeit, die Solidarität und die Subsidiarität sind, können herangezogen werden, um das Engagement der öffentlichen Hand im Kampf gegen die globale Erwärmung zu rechtfertigen. Da diese Prinzipien miteinander verknüpft sind, ist das staatliche Engagement umso mehr gerechtfertigt.

Der **Grundsatz der Personalität** oder **der Würde des Menschen** steht im Mittelpunkt der Soziallehre der katholischen Kirche. Er besagt, dass jedes soziale, wirtschaftliche oder politische

¹⁸ Franziskus, *Laudate Deum*, 2023, §57.

¹⁹ *Ibid*, §66

Handeln auf die Achtung, Förderung und ganzheitliche Entwicklung des Menschen ausgerichtet sein muss, der nach dem Bild Gottes geschaffen ist (*Genesis 1,27*). Die Folgen unserer Aktivitäten zur Gewinnung und Nutzung fossiler Energien sind unzählbar, sowohl in ökologischer als auch in sozialer Hinsicht (Klimaflüchtlinge, Enteignungen usw.), und betreffen alle Bewohner der Erde. Darüber hinaus sind viele dieser Schäden irreversibel. Diese Folgen verletzen die Grundrechte vieler Bevölkerungsgruppen. Das Apostolische Schreiben *Laudate Deum* (2023) erinnert an die Folgen dieser Umweltzerstörung für die Menschenwürde:

„Es ist ein globales soziales Problem, das eng mit der Würde des menschlichen Lebens zusammenhängt. Die Bischöfe der Vereinigten Staaten haben den sozialen Sinn unserer Sorge um den Klimawandel, der über einen rein ökologischen Ansatz hinausgeht, sehr gut zum Ausdruck gebracht, denn »unsere Sorge füreinander und unsere Sorge für die Erde sind eng miteinander verbunden. [...]«.“²⁰

Die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* von 1948 erwähnt noch nicht das Recht auf eine saubere Umwelt, da sie zu einer Zeit verfasst wurde, als ökologische Probleme noch nicht so sichtbar waren wie heute. Sie erwähnte zwar das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard (Art. 25), aber der Klimawandel beeinträchtigt das Recht auf Leben (Ernährungsprobleme) und das Recht auf Gesundheit (Epidemien, Hitzewellen, Wasserknappheit). Die durch den Klimawandel verursachten Krisen beeinträchtigen auch die Bürgerrechte der Bevölkerung (Recht auf Niederlassung im eigenen Land, Vereinigungs- und Versammlungsrecht, Recht auf politische Teilhabe). Das *Pariser Klimaabkommen* zielt insbesondere darauf ab, die Klimakrise unter Berücksichtigung der Menschenrechte zu bewältigen. Erinnern wir uns an die Aktion der Klimaseniorinnen, die den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angerufen haben, um die Schweiz wegen ihrer Untätigkeit im Klimabereich zu verurteilen. So wird der Kampf gegen den Klimawandel zu einer **moralischen Verpflichtung, die auf der Achtung der Menschenwürde beruht**. Es geht nicht nur darum, den Planeten zu erhalten, sondern auch darum, das Leben, die Würde und die Grundrechte jedes Einzelnen zu verteidigen. Die Antwort auf die ökologische Krise muss daher eine **ganzheitliche Ökologie** sein, die gleichzeitig die menschlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen berücksichtigt.

Das **Prinzip der Solidarität** drückt die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Menschen, Völkern und Generationen aus. Es fordert eine gemeinsame Verantwortung und ein gegenseitiges Engagement für das Gemeinwohl, insbesondere gegenüber den Schwächsten. Angesichts des **Klimawandels** hat dieses Prinzip auch für künftige Generationen eine tiefe Bedeutung. Der Klimawandel betrifft die gesamte Menschheit, jedoch in unterschiedlichem Masse: Es sind die ärmsten Länder, die oft am wenigsten für die Emissionen verantwortlich sind, die unter den schwerwiegendsten Folgen (Steigen des Meeresspiegels, Hungersnöte, Naturkatastrophen) leiden. Solidarität verpflichtet daher die reichsten Länder und Individuen zu moralischer

²⁰ Franziskus, *Laudate Deum*, 2023, §3

Verantwortung gegenüber denjenigen, die am meisten leiden. Der Begriff „Klimagerechtigkeit“ erinnert auch daran, dass es die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen sind, die am meisten unter den Auswirkungen der globalen Erwärmung leiden (Landwirte, westafrikanische Länder, die Insel Kiribati,...). Diese Bevölkerungsgruppen sind jedoch kaum für die globale Erwärmung verantwortlich. Es besteht eine Klimaungerechtigkeit in dem Sinne, dass die Länder, die von der fossilen Brennstoffwirtschaft profitieren, nicht diejenigen sind, die direkt unter den schwerwiegendsten Folgen leiden (Vertreibung von Bevölkerungsgruppen, Verlust von landwirtschaftlichen Flächen, Überschwemmungen usw.). Wenn bestimmte Industriezweige (wie die Gewinnung fossiler Brennstoffe und solche, die die biologische Vielfalt beeinträchtigen) das Gleichgewicht des Planeten und die Lebensbedingungen sowohl der Menschen als auch vieler Tierarten nachhaltig und irreversibel gefährden, ist es notwendig, ihre Praktiken zu regulieren. Die Unterstützung einer Wirtschaft, die die Lebensfähigkeit des Planeten selbst gefährdet, ist ethisch nicht vertretbar.

Subsidiarität im katholischen Sinne des Begriffs bedeutet, den betroffenen Akteuren Gestaltungsspielraum einzuräumen. Sie ist ein notwendiger Bestandteil einer Ethik, die auf die Stärkung der Bürger und Akteure des Bankensektors abzielt. Sie kommt auch in der Umsetzung realistischer und umsetzbarer Transitionspläne durch die Akteure der betreffenden Bereiche zum Ausdruck. Die Rolle des Staates besteht im Wesentlichen darin, die Effizienz und Konformität der eingeführten Prozesse zu überprüfen. Die Träger der Initiative für einen nachhaltigen Finanzplatz legen im *erläuternden Bericht* die Standards fest, die diese Transitionspläne einhalten müssen, um mit den von der Schweiz unterzeichneten Abkommen konform zu sein.

Das Subsidiaritätsprinzip zielt jedoch nicht darauf ab, die Verantwortung für Investitions- oder Kreditentscheidungen vollständig an den Banken- oder Finanzsektor zu delegieren, da in diesem Bereich, der Auswirkungen auf das Klima und die Biodiversität hat, das Prinzip der Achtung des **Gemeinwohls** Vorrang vor dem Prinzip der Marktfreiheit oder der Autonomie der Finanzinstitute hat. Denn auch wenn Freiheit ebenfalls einen ethischen Wert hat, hat die Freiheit der Finanzmärkte zwar positive Folgen für eine kleine Anzahl von Begünstigten, wirkt sich aber gleichzeitig negativ auf eine große Mehrheit der Menschen aus (und letztendlich auch auf diejenigen, die kurzfristig davon profitiert haben). Darüber hinaus gefährden die negativen Auswirkungen dieser Ausbeutung fossiler Ressourcen die Lebensfähigkeit des Planeten selbst und beeinträchtigen somit die Lebensbedingungen aller Lebewesen. In diesem Fall kann man also nicht den Begriff der individuellen Freiheit über den des Gemeinwohls stellen. Das öffentliche Wohl ist nach katholischer Auffassung der Daseinszweck und das oberste Gesetz des Staates.²¹ Nach dieser Auffassung hat der Staat die Pflicht, Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ergreifen, da dieser eine Gefahr für alle Menschen darstellt, die ihn ausmachen. Internationale Organisationen haben die Aufgabe, Probleme im Zusammenhang

²¹ Vgl. Leo XIII., *Rerum novarum*, 1891, § 28

mit universellen Gemeingütern zu thematisieren und an Lösungen zu arbeiten.²² In diesem Sinne sollte das Engagement des Staates für den Klimaschutz immer in einen internationalen Kontext und eine internationale Vernetzung eingebunden sein, insbesondere mit den Instanzen der EU und der UNO.

In *Laudato Si* geht Papst Franziskus sogar so weit, **das Klima an sich als Gemeingut** zu definieren²³. Wenn man sich fragt, warum das Gemeinwohl (in diesem Fall die Berücksichtigung des Klimaschutzes und der Biodiversität) Vorrang vor der unternehmerischen und wirtschaftlichen Freiheit haben sollte, dann deshalb, weil diese Art von Handel, von der nur eine kleine Minderheit von Aktionären und Financiers profitiert, derzeit dem gesamten Planeten schadet und die Lebensbedingungen vieler Bevölkerungsgruppen gefährdet.

Die Prinzipien Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Gemeinwohl erweisen sich somit als zentral für die zukünftige Ausrichtung des Finanzbereichs. Tatsächlich werden die rein finanziellen Ziele dieses Wirtschaftszweiges infrage gestellt, um an anderen Werten auszurichten. Die Finanzwirtschaft wird somit nicht mehr als ein Sektor betrachtet, der ausschliesslich der Produktion von Finanzkapital dient, sondern als ein Sektor, der *Sozialkapital* produziert und im Wesentlichen das Gemeinwohl anstrebt: Sie fördert zahlreiche lebenswichtige Bereiche (Beschäftigung, Landwirtschaft, Wohnen, Gesundheit usw.) und zielt gleichzeitig darauf ab, dass diese sich unter Berücksichtigung der Menschen und des Planeten entwickeln.

4. Schwierigkeiten & Grenzen, Punkte, die zu beachten sind

- Wie bei jedem komplexen ethischen Problem mit vielfältigen Dimensionen ist es schwierig, all diese Werte (ökologische, soziale, wirtschaftliche) gleichzeitig zu respektieren. Wie bei den meisten ethischen Dilemmata sind oft Entscheidungen oder eine Priorisierung erforderlich. Aber die Tatsache, dass unsere Entscheidungen aus ethischer Sicht nie ganz zufriedenstellend sind, hindert uns nicht daran, bedeutende Fortschritte zu erzielen.

Diese Initiative kann einerseits zu einem „Umdenken“ beitragen, eine weniger gewinnorientierte Sichtweise der Wirtschaft fördern und somit zu einer *radikalen Veränderung der Perspektive* auf die Finanzwelt und ihre Ziele anregen. Die Wirtschaft wird globaler betrachtet, wobei alle berücksichtigt werden, nicht nur diejenigen, die von finanziellen Gewinnen oder erwirtschafteten Profiten profitieren können, sondern auch diejenigen, die vom Klimawandel und dem Verlust der biologischen Vielfalt betroffen sind. Denn letztendlich werden wir alle von den aktuellen Klimaveränderungen betroffen sein (derzeit gibt es keinen

²² Vgl. Johannes XXIII., *Pacem in Terris*, 1961, § 140

²³ Franziskus, *Laudato Si* (2015), § 25.

„Planeten B“). Diese universelle Dimension der „Menschheitsfamilie“ ist seit langem Bestandteil des katholischen Denkens.²⁴

Dieser Perspektivwechsel erfordert, dass *wir unsere Ambitionen in Bezug auf finanziellen Gewinn einschränken* und uns auf andere Werte (Erhaltung des Planeten, des Lebens) konzentrieren, um die schwerwiegenden und irreversiblen Folgen der aktuellen Klimakrise zu vermeiden.

Aber dieser Mentalitätswandel braucht Zeit und erfordert unzählige Bildungsbemühungen. Er kann mehrere Generationen dauern. Die Vereinten Nationen empfehlen zu diesem Zweck die Förderung einer „grünen Wirtschaft“.²⁵ Die Abkehr von fossilen Energieträgern könnte dazu beitragen, die Entwicklung dieser grünen, umweltfreundlicheren Wirtschaftssysteme stärker zu unterstützen. Darüber hinaus haben französische Diözesen während der COP 29 (Grenoble, Nantes im Jahr 2024) ebenso wie andere religiöse Institutionen auf internationaler Ebene angekündigt, künftig auf Investitionen in fossile Energien zu verzichten. Dies geschieht mit dem Ziel, ein Vorbild zu sein und die Gläubigen zu sensibilisieren. Die vorgebrachten Argumente betreffen die Auswirkungen auf das Klima, aber auch die Folgen für die Lebensbedingungen der Ärmsten und Schwächsten.

Wir befinden uns in einer *Klimakrise*, die bereits jetzt oft auf dramatische Weise zeigt, wie die Zukunft unseres Planeten aussehen könnte, wenn wir nicht schnell Massnahmen ergreifen, und deren Folgen immer näher rücken (massive Brände in Griechenland und Portugal, Hitzewellen, Erdbeben in den Alpen, Verlust der Artenvielfalt in der Schweiz, Wasserknappheit ...). Diese Folgen der globalen Erwärmung erfordern schnelles Handeln. Deshalb sind *staatliche Vorschriften* notwendig, um ein abgestimmtes und gemeinsames Vorgehen aller Mitglieder der betroffenen Sektoren in der Schweiz zu gewährleisten.

Die Einschränkung dieser Gewinne zum Wohle der Allgemeinheit erfordert wie alle Einschränkungen *Anstrengungen*, was in einer Gesellschaft, die oft übertriebenen Wert auf „materiellen Erfolg“ und Konsum legt, nicht einfach ist. Diese Bemühungen um *Genügsamkeit* werden nicht von allen positiv gesehen, da in westlich geprägten Kulturen Erfolg oder sozialer Status immer noch mit persönlicher Bereicherung assoziiert werden.

Dies erfordert ein Umdenken in Bezug auf die Modelle des „Erfolgs“, d. h. unsere Kriterien für *ein erfülltes Leben*, da diese Modelle negative Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft und unser Ökosystem haben. Diese Initiative hat somit auch eine starke pädagogische Dimension. Diese Überlegungen ermöglichen es, existenzielle Fragen zu thematisieren, die weit über rein ökologische Überlegungen hinausgehen.

²⁴ Siehe: Audoyer, Jean-Pierre, de Laubier, Patrick (2009), *L'Eglise à l'heure de Caritas in Veritate*, Paris, ed. Salvator, S.137.

²⁵ Siehe: <https://www.un.org/fr/climatechange/science/key-findings>, aufgerufen am 3.11.2025.

5. Fazit: Die möglichen Beiträge der mit dieser Initiative angestrebten Veränderungen liegen somit auf mehreren Ebenen

- Die Hebelwirkung des Finanzsektors kann zu einer Veränderung in *der Realwirtschaft* führen. Nachhaltigkeit wird zu einer Investition in eine tragfähigere und solidarischere Zukunft.
- Bewusstseinsbildung für unsere Auswirkungen auf den Planeten: durch mehr Transparenz und damit mehr Verantwortung für unsere Entscheidungen und ein besseres Verständnis für die Tragweite unseres Handelns und unserer Möglichkeiten, auf das Klima einzuwirken (in Verbindung mit der Verringerung der Ökoangst). Bewusstseinsbildung für die Auswirkungen unserer Entscheidungen in der Schweiz (Aktionariat, Konsum), auch wenn sie geografisch weit entfernt sind.
- Stärkung der Bürger/Aktionäre/Kollektive gegenüber Banken/Investmentgesellschaften. Stärkung der Politik gegenüber der Wirtschaft.
- Anregung zum Überdenken der Ziele von Wirtschaft und Finanzen in der Gesellschaft, um zu anderen Werten als der persönlichen Bereicherung zu gelangen, müssen andere Wege beschritten werden: Degrowth, Genügsamkeit, Neuordnung von Werten und Prioritäten (menschliche und ökologische Werte müssen in den Mittelpunkt rücken).
- Förderung der öffentlichen Debatte über gesellschaftliche Entscheidungen. Erfordert eine veränderte Sichtweise auf unsere Vorstellung von Erfolg. Wir werden dazu angeregt, die Rolle der Wirtschaft zu überdenken und sie vom Gemeinwohl aus zu betrachten und nicht nur als individuelles Mittel zum sozialen Aufstieg. Dies erfordert eine Neubewertung des Begriffs des Gemeinwohls und eine Verdeutlichung der Zusammenhänge zwischen den Lebensbedingungen (soziale und ökologische Aspekte des Donuts) auf dem Planeten.
- Mögliche Wege für positive und realistische Veränderungen (Transitionspläne) und Akteure, die sich für den Übergang in der Realwirtschaft engagieren (Vorbildfunktion), bekannt machen. Anregungen geben und Erfahrungen mit dem Übergang austauschen.

Konsultierte Experten:

Paul Dembinski, Ökonom, Prof. Em. Universität Freiburg

Lucien Reymondin Reinberg, Ökonom, Didaktikprofessor für Wirtschaft, HEP Vaud

Dominique Roten, Bankier, Leiter Partnerschaften, BAS, Alternative Bank Schweiz

Myriam Planzer, Initiativkomitee, WWF

Literaturverzeichnis

Arnsperger, Christian; van Parijs, Philippe (2003), *Ethique économique et sociale*, Paris, la Découverte.

Audoyer, Jean-Pierre, de Laubier, Patrick (2009), *L'Eglise à l'heure de Caritas in Veritate*, Paris, ed. Salvator.

Boissinot, Jean Financier (2022), *La finance verte : climat, secteur financier et transition net zéro*, Malakoff, Dunod.

Chesney, Marc *et al.*, (2020) „Economic and Financial Systems for Well-being“, in: Wuelser, Gabriela *et al.*, *Priority Themes for Swiss Sustainability Research*, Swiss Academies Reports, 15 (5).

Graber, Tim (2022), *Nachhaltigkeitsvergleich bedeutender Zentralbanken*, CCSF Thesis Series Nr. 37, Universität Zürich, Departement für Banking und Finance.

Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), *Climate Change 2021, The Physical Science Basis*, Cambridge und New York 2021, B.2.2.

IPCC, *Climate Change 2023, Synthesis Report, Summary for Policymakers*, A.1.3.

Jonas, Hans (1979), *Das Prinzip Verantwortung*, übersetzt von Jean Greisch, Paris, Flammarion, 2008

Lang, Dominique (2008), *Die Kirche und die ökologische Frage: Die ökologische Krise, eine Dringlichkeit für den Glauben, sechzig Jahre christlicher Reflexionen*, Longué-Jumelles, Verlag Arsis.

Latour, Bruno (2015), *Face à Gaïa. Huit conférences sur le Nouveau Régime Climatique*. Paris, La Découverte.

Minnerath, Roland (2010), *Soziallehre der Kirche und Gemeinwohl*, Paris, Beauchesne.

Monnot, Christophe; Rognon, Frédéric; Hrsg. (2021), *La nouvelle théologie verte*, Genf, Labor et Fides.

Murphy, Charles, M. (1989), *At Home on Earth: Foundations for Catholic ethics of the environment*, New York, ed. Crossroad.

Petrella, Riccardo (1996), *Das Gemeinwohl, Lob der Solidarität*, Brüssel, Verlag Labor.

Raworth, Kate (2012), *A Safe and Just Space for Humanity: Can We Live within the Doughnut?* Oxfam Discussion Papers.

Revol, Fabien (2018), *Penser l'écologie dans la tradition catholique*, Genf, Labor et Fides.

De Salins, Antoine; Villeroy de Galhau, François (1994), *Die moderne Entwicklung der Finanzaktivitäten im Hinblick auf die ethischen Anforderungen des Christentums*, conseil de la Justice, Gerechtigkeit und Frieden, Vatikanstadt, Libreria editrice Vaticana.

Umweltprogramm der Vereinten Nationen, *Emissionslücke-Bericht 2022*:
<https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2022>

Veyret, Yvette (2016), *Le développement durable, Approche globale*, éd Uppr.

Wintzer, Pascal (2015), *Die Schöpfung retten: Ökologie als spirituelle Herausforderung: Kolloquium vom 29. November 2014*, Observatoire Foi et culture der französischen Bischofskonferenz. Paris, Verlag Parole et silence.

Texte des Lehramtes

Papst Franziskus, *Laudate Deum, Apostolisches Schreiben*, An alle Menschen guten Willens zur Klimakrise. 4.10.2023 Siehe:

https://www.vatican.va/content/francesco/fr/apost_exhortations/documents/20231004-laudate-deum.html

Papst Franziskus, *Laudato Si'*, Enzyklika, 2015, Siehe :
https://www.vatican.va/content/francesco/fr/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html#139.

Katholische Bischofskonferenz der Vereinigten Staaten, *Global Climate Change Background*, 2019.

Links

FEBEA, Europäische Föderation ethischer und alternativer Banken, <https://febea.org/>

Alternative Bank Schweiz (ABS), Stellungnahme zur Initiative «Für eine nachhaltige Finanzwirtschaft», <https://www.bas.ch/fr/prises-de-position>

PCAF (Partnership for Carbon Accounting Financials): gibt Empfehlungen für die CO2-Messung bei Bankkrediten und -investitionen sowie für die Verbreitung dieser Informationen durch Bankinstitute heraus. <https://carbonaccountingfinancials.com/>

Glasgow Financial Alliance for Net Zero. Freiwillige internationale Allianz von Finanzakteuren mit dem Ziel, zur Dekarbonisierung der Wirtschaft beizutragen. <https://www.gfanzero.com/>

Science Based Targets Initiative. <https://sciencebasedtargets.org/> Erläuternder Bericht des WWF, insbesondere zu den Schweizer Unternehmen, die mit SBTi zusammenarbeiten https://www.wwf.ch/sites/default/files/doc-2023-10/2023_SBTi_CH_Factsheet_FR.pdf

APRES-GE, Genfer Kammer für Sozial- und Solidarwirtschaft, <https://www.apres-ge.ch/>

Soziale Solidarwirtschaft, <https://www.riposs.org/?lang=en>,

Finance for Biodiversity Pledge, <https://www.financeforbiodiversity.org/>

„Die unterzeichnenden Finanzinstitute haben sich verpflichtet, die Biodiversität durch ihre Finanzierungsaktivitäten und Investitionen zu schützen und zu fördern:

1. durch Zusammenarbeit und Austausch ihrer Kompetenzen (z. B. im Bereich der Methoden zur Wirkungsmessung oder der Finanzierungsstrategien),
2. durch die Verpflichtung der Unternehmen, in die sie investieren, ihre negativen Auswirkungen auf die Biodiversität zu reduzieren und ihre positiven Auswirkungen zu erhöhen,
3. die Auswirkungen ihrer eigenen Finanzierungsaktivitäten auf die Biodiversität messen und die wichtigsten Einflussfaktoren identifizieren,
4. sich ehrgeizige Ziele setzen, um ihre eigenen positiven Auswirkungen zu erhöhen und ihre negativen Auswirkungen zu verringern,
5. durch die Vorlage eines transparenten Jahresberichts über die Auswirkungen ihrer Finanzierungsaktivitäten und Investitionen im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt.“,

Website

BAS,

ANHÄNGE:

Quellen des Lehramtes

“II. Maîtrise de la croissance.

44. Tout cela demande de nombreuses réformes dans la vie économique et sociale, et plus profondément une conversion des mentalités et des attitudes. Dans leur activité économique, tous ont à tenir compte d'un certain nombre de valeurs essentielles sans lesquelles elle ne peut atteindre sa finalité humaine: solidarités créées dans le travail, esprit de service, souci du bien commun, conscience de la destination commune des biens, sens des responsabilités chez tout homme.”

32. “A long terme) L'harmonie et la continuité de la croissance exigent une prévision qui doit être l'oeuvre de tous : pouvoirs publics, régions, représentants des secteurs de l'économie nationale et des groupes sociaux au sein de la nation. Trop de catastrophes n'ont pour cause qu'une insuffisance dans la prévision des évolutions et le manque de courage pour prendre à temps les mesures nécessaires. Un grave devoir de prévision s'impose donc pour assurer la maîtrise du développement dans le respect de sa finalité: le service des hommes, au lieu de l'abandonner au jeu des mécanismes aveugles.”

Conseil permanent de l'épiscopat français, “Réflexions sur la situation économique et sociale actuelle”. Note de la Commission épiscopale de l'action charitable et sociale (février 1966). In Maugenest, Denis (1995), *Le discours social de l'église catholique de France, 1891-1992*, Paris, Cerf, p. 375-391

Gaudium et Spes

26. Das Gemeinwohl fördern

Die Förderung des Gemeinwohls

Aus der immer engeren und allmählich die ganze Welt erfassenden gegenseitigen Abhängigkeit ergibt sich als Folge, daß das Gemeinwohl, d.h. die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen, heute mehr und mehr einen weltweiten Umfang annimmt und deshalb auch Rechte und Pflichten in sich begreift, die die ganze Menschheit betreffen.

Jede Gruppe muß den Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen anderer Gruppen, ja dem Gemeinwohl der ganzen Menschheitsfamilie Rechnung tragen. Gleichzeitig wächst auch das Bewußtsein der erhabenen Würde, die der menschlichen Person zukommt, da sie die ganze Dingwelt überragt und Träger allgemeingültiger sowie unverletzlicher Rechte und Pflichten ist. Es muß also alles dem Menschen zugänglich gemacht werden, was er für ein wirklich

menschliches Leben braucht, wie Nahrung, Kleidung und Wohnung, sodann das Recht auf eine freie Wahl des Lebensstandes und auf Familiengründung, auf Erziehung, Arbeit, guten Ruf, Ehre und auf gezielte Information; ferner das Recht zum Handeln nach der rechten Norm seines Gewissens, das Recht auf Schutz seiner privaten Sphäre und auf die rechte Freiheit auch in religiösen Dingen.

Die gesellschaftliche Ordnung und ihre Entwicklung müssen sich dauernd am Wohl der Personen orientieren; denn die Ordnung der Dinge muß der Ordnung der Personen dienstbar werden und nicht umgekehrt. So deutete der Herr selbst es an, als er sagte, der Sabbat sei um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Sabbats willen. Die gesellschaftliche Ordnung muß sich ständig weiterentwickeln, muß in Wahrheit gegründet, in Gerechtigkeit aufgebaut und von Liebe beseelt werden und muß in Freiheit ein immer humaneres Gleichgewicht finden.

Um dies zu verwirklichen, sind Gesinnungswandel und weitreichende Änderungen in der Gesellschaft selbst notwendig. Der Geist Gottes, dessen wunderbare Vorsehung den Lauf der Zeiten leitet und das Antlitz der Erde erneuert, steht dieser Entwicklung bei.

Der Sauerteig des Evangeliums hat im Herzen des Menschen den unbezwingbaren Anspruch auf Würde erweckt und erweckt ihn auch weiter.

Kapitel

III

Das wirtschaftliche und soziale Leben

63. Einige Merkmale des Wirtschaftslebens

Auch im Wirtschaftsleben sind die Würde der menschlichen Person und ihre ungeschmälerte Berufung wie auch das Wohl der gesamten Gesellschaft zu achten und zu fördern, ist doch der Mensch Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft.

Wie die andern Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, so ist auch die heutige Wirtschaft geprägt durch die wachsende Herrschaft des Menschen über die Natur, durch die steigende Dichte und Gewichtigkeit der Beziehungen und wechselseitigen Abhängigkeit der Einzelnen, der Gruppen und der Völker sowie durch das immer häufigere Eingreifen der öffentlichen Gewalt. Zugleich haben die Fortschritte in der Produktionstechnik wie auch im Austausch von Gütern und Dienstleistungen die Wirtschaft in den Stand gesetzt, die gestiegenen Bedürfnisse der Menschheitsfamilie besser zu befriedigen.

Es fehlt aber auch nicht an Gründen zur Beunruhigung. Nicht wenige Menschen, namentlich in den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, sind von der Wirtschaft geradezu versklavt, so daß fast ihr ganzes persönliches und gesellschaftliches Leben von ausschließlich

wirtschaftlichem Denken bestimmt ist, und dies ebenso in Ländern, die einer kollektivistischen Wirtschaftsweise zugetan sind, wie in anderen. Gerade zu der Zeit, da das Wachstum der Wirtschaft, vernünftig und human gelenkt und koordiniert, die sozialen Ungleichheiten mildern könnte, führt es allzu oft zu deren Verschärfung, hie und da sogar zur Verschlechterung der Lage der sozial Schwachen und zur Verachtung der Notleidenden. Während einer ungeheuren Masse immer noch das absolut Notwendige fehlt, leben einige auch in zurückgebliebenen Ländern - in Üppigkeit und treiben Verschwendung. Nebeneinander bestehen Luxus und Elend. Einige wenige erfreuen sich weitestgehender Entscheidungsfreiheit, während viele fast jeder Möglichkeit ermangeln, initiativ und eigenverantwortlich zu handeln, und sich oft in Lebens- und Arbeitsbedingungen befinden, die des Menschen unwürdig sind.

Ähnliche Störungen des ökonomischen und sozialen Gleichgewichts bestehen zwischen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungsgewerben wie auch zwischen verschiedenen Gebieten einer und derselben Nation. Zwischen den wirtschaftlich fortgeschrittenen Völkern und anderen bildet sich ein ständig sich verschärfender Gegensatz heraus, der sogar den Weltfrieden gefährden kann.

Diese Gleichgewichtsstörungen werden von unseren Zeitgenossen mit um so wacherem Bewußtsein erlebt, als sie fest überzeugt sind, die gewaltigen technischen und ökonomischen Mittel, über die wir heute verfügen, machten es nicht nur möglich, sondern zur Pflicht, diesen unseligen Zustand zu überwinden. Daher werden vielfältige institutionelle Reformen in der Wirtschaft wie auch eine allgemeine Umstellung der Gesinnung und Verhaltensweise gefordert. Hierzu hat die Kirche Grundsätze der Gerechtigkeit und Billigkeit sowohl für das persönliche und das gesellschaftliche als auch für das internationale Leben, wie die rechte Vernunft sie fordert, im Lauf der Jahrhunderte unter dem Licht des Evangeliums erarbeitet und namentlich in jüngster Zeit vorgelegt. Das Heilige Konzil möchte diese Grundsätze der heutigen Lage entsprechend unterstreichen und vorzugsweise im Hinblick auf die Bedürfnisse einer im Fortschritt befindlichen Wirtschaft einige Orientierungen geben (1).

Pacem in terris

Ausgewogenheit zwischen den beiden Formen des Handelns der öffentlichen Gewalt

40 - Das allgemeine Wohl verlangt von den Regierungen ein Zweifaches: einmal die Festlegung und Wahrung, dann aber auch die Förderung der Rechte des einzelnen. Hier jedoch ist darauf zu achten, daß beide Funktionen sich im Gleichgewicht halten. So muß vermieden werden, daß durch die Oberbetonung des Rechtsschutzes zugunsten bestimmter Personen oder Personenkreise privilegierte Gruppen entstehen; und daß man andererseits nicht beim Bemühen um die Förderung der Rechte der Bürger in absurder Weise ihre wirkliche Ausübung verhindert. Immer aber muß dabei festgehalten werden: Die Sorge des Staates für die Wirtschaft, soweit und so tief sie auch in das Gemeinschaftsleben eingreift, muß dergestalt sein, daß sie den Raum

der Privatinitiative der einzelnen Bürger nicht nur nicht einschränkt, sondern vielmehr ausweitet, allerdings so, daß die wesentlichen Rechte jeder menschlichen Person gewahrt bleiben" (Johannes XXIII., Enz. *Mater et Magistra*).

Daran müssen sich die verschiedenen Bemühungen halten, die von den Staatsbehörden in der Absicht unternommen werden, daß die Bürger leichter sowohl ihre Rechte gebrauchen wie auch in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ihren Pflichten nachkommen können.

71 – Da aber heute das allgemeine Wohl der Völker Fragen aufwirft die alle Nationen der Welt betreffen, und da diese Fragen nur durch eine politische Gewalt geklärt werden können, deren Macht und Organisation und deren Mittel einen dementsprechenden Umfang haben müssen, deren Wirksamkeit sich somit über den ganzen Erdkreis erstrecken muß, so folgt um der sittlichen Ordnung willen zwingend, daß eine universale politische Gewalt eingesetzt werden muß.

Laudato Si,

Klima als Gemeingut §23, Verlust der biologischen Vielfalt als Folge menschlicher Aktivitäten §32, Umwelt als Gemeingut §95, Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft §189-198, ökologische Umkehr §216-221, universelle Brüderlichkeit §128

Anhänge (Fortsetzung): Historische Aspekte

Kritik an einer von der Arbeit abgekoppelten Finanzwelt. Das Beispiel der Wucherzinsen

Das Verbot der Wucherzinsen wird im Lukasevangelium (6,34-35) klar erwähnt: (Wenn ihr denen leiht, von denen ihr eine Gegenleistung erwartet, welche Dankbarkeit verdient ihr dann? Selbst Sünder leihen Sündern, um das Gleiche zurückzubekommen. Liebt vielmehr eure Feinde, tut Gutes und leiht, ohne etwas dafür zu erwarten. Dann wird euer Lohn groß sein...“, Bibel, Liturgische Übersetzung, 2020.) Diese Verurteilung der möglichen Auswüchse des Zinsdarlehens war bereits im Judentum vorhanden (Deuteronomium, XXIII, 20-21, „Du sollst deinem Bruder keine Zinsen berechnen, weder für Geld noch für Lebensmittel noch für irgendetwas, was Zinsen einbringt. Einem Fremden darfst du Zinsen berechnen, aber deinem Bruder nicht, damit der Herr, dein Gott, dich in allen deinen Unternehmungen auf dem Land, das du in Besitz nehmen wirst, segnet.“ Bibel, liturgische Übersetzung, 2020).

Jahrhundertlang war Wucher für Christen daher verboten. Er wurde als unehrliche Methode angesehen, sein Vermögen zu vermehren und sich auf Kosten anderer zu bereichern, als Verstoß gegen die christliche Nächstenliebe und als Opportunismus der Reichen gegenüber den Armen. Für Thomas von Aquin wird sie sogar zu einem „logischen Fehler“: Geld ist ein einfaches Mittel, das nicht als Selbstzweck dienen darf; Geld sollte ausschließlich dazu dienen, einen späteren Besitz zu erwerben, und es würde somit seiner Natur widersprechen, es zu seinem eigenen Zweck zu machen. Geld darf keinen Gewinn bringen, sondern muss zum Kauf und Verkauf dienen (vgl. *Summa Theologica* IIa IIae, q. 78, a. 1, resp.). Die Tatsache, dass Juden anderen Völkern Geld gegen Zinsen leihen durften, war einer der Gründe für die Ablehnung der Juden durch die Christen im Mittelalter und für zahlreiche antisemitische Stereotypen.

Tatsächlich dient die Tätigkeit des Wucherers nicht in erster Linie den beiden Hauptzielen jeder Wirtschaft im christlichen Sinne, nämlich der „vorrangigen Liebe zu den Armen“ (Nächstenliebe) und der „Vorrangstellung der Arbeit vor dem Kapital“. Die Autoren, die diese beiden Leuchttürme des christlichen Wirtschaftsdenkens hervorgehoben haben, Antoine de Salins und François Villeroy de Galhau, stellten im Zusammenhang mit der Forderung nach dem Schutz der Armen die Frage: „Inwiefern fördert oder behindert die Entwicklung des Finanzwesens die gerechte Verteilung von Macht und Reichtum?“²⁶. Diese ethische Frage liegt allen Überlegungen zur Legitimität der Finanzmärkte zugrunde. Was die zweite Forderung betrifft, nämlich die *Priorität der Arbeit*, präzisieren dieselben Autoren: „Die Priorität der Arbeit gegenüber dem Kapital ist [...] ein Aufruf, sich nicht allein mit dem wirtschaftlichen Optimum (das die Ökonomen zu Recht zu präzisieren versuchen) zufrieden zu geben und die

²⁶ De Salins, A. und Villeroy de Galhau, F., *Le développement moderne des activités financières au regard des exigences éthiques du christianisme*, Vatikanstadt: Libreria Editrice Vaticana (Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden), 1994, S. 16.

wirtschaftliche Effizienz im Verhältnis zu ihrem grundlegenden Ziel zu betrachten: der Entwicklung des Menschen"²⁷.

Autoren:

Florian Lüthi, Florence Quinche, Anik Sienkiwicz,

Abteilung Vox Ethica, Ethik und Gesellschaft

1. Oktober 2025

²⁷ *Die moderne Entwicklung...*, op. cit., S. 20.